

## **Antrag**

**des Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP**

### **Klimaneutrale Landesverwaltung und Maßnahmen im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welchen prozentualen Anteil an den CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen der Landesverwaltung der Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration insgesamt ausmacht und wie sich dieser in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat;
2. wie sich die von den Gebäuden des Ministeriums der Justiz und für Migration und die von den Gebäuden in dessen Geschäftsbereich verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt haben;
3. wie sie den aktuellen energetischen Zustand der unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäude bewertet (bitte aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Gebäuden);
4. inwiefern sie in den vergangenen fünf Jahren an den unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäuden Maßnahmen zur energetischen Sanierung durchgeführt hat und inwiefern sie plant, solche Maßnahmen bis 2030 durchzuführen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, nach den jeweiligen Gebäuden sowie nach Art der jeweiligen Maßnahme zur energetischen Sanierung und den jeweils hierdurch entstandenen bzw. kalkulierten Kosten);
5. soweit dies der Fall war: warum Sanierungen nur teilweise durchgeführt wurden, künftig also weitere Sanierungen notwendig sein werden (bitte unter Nennung der jeweiligen Gebäude und der voraussichtlichen Kosten und Mehrkosten);
6. inwiefern sie in den vergangenen fünf Jahren im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration neben Maßnahmen der energetischen Sanierung weitere Maßnahmen zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen durchgeführt hat und die Fortsetzung solch weiterer Maßnahmen bis 2030 plant (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, nach Art der jeweiligen Maßnahme und den jeweils hierdurch entstandenen bzw. kalkulierten Kosten);
7. inwieweit und ggf. in welcher Form sie angesichts der angespannten Haushaltssituation bei den unter den Ziffern 4 und 6 aufgeführten Maßnahmen zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration eine Priorisierung der Maßnahmen vorsieht;
8. inwiefern in den vergangenen fünf Jahren an oder auf den unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäuden welche Photovoltaikanlagen installiert wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Gebäude und Baujahr sowie der jährlichen Gesamtleistung der jeweiligen Photovoltaikanlage);
9. an oder auf welchen der unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäude ihrer Kenntnis nach Photovoltaikanlagen ökonomisch und ökologisch sinnvoll realisiert werden können (mit Angabe der bis 2030 geplanten Installationen);

10. welchen prozentualen Anteil an den CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen des Geschäftsbereichs des Ministeriums der Justiz und für Migration der Fuhrpark und die Dienstreisen des Ministeriums selbst ausmachen (mit Angabe der Entwicklung in den vergangenen fünf Jahren);
11. inwiefern im Ministerium der Justiz und für Migration sowie in dessen Geschäftsbereich bisher ein Energiemanagement etabliert wurde und welche Erkenntnisse die Landesregierung ggf. hieraus bisher hat;
12. inwiefern sie die bisher ergriffenen Maßnahmen zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration als ausreichend erachtet, um dem von ihr selbst gesetzten Ziel der klimaneutralen Landesverwaltung bis 2030 gerecht zu werden.

6.8.2021

Weinmann, Goll, Haußmann, Dr. Jung, Dr. Schweickert, Haag, Heitlinger, Karrais, Dr. Kern, Fischer  
FDP/DVP

### Begründung

Die Landesregierung hat sich in dem im Oktober 2020 verabschiedeten Klimaschutzgesetz für Baden-Württemberg das Ziel vorgegeben, die Landesverwaltung bis 2040 weitgehend klimaneutral auszurichten. Nach dem am 13. Juli 2021 von den Regierungsfractionen eingebrachten Gesetzentwurf – Gesetz zur Änderung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg (Drucksache 17/521) – soll dieses Ziel nun bereits bis zum Jahre 2030 erreicht werden. Mit dem Antrag soll in Erfahrung gebracht werden, welche Maßnahmen hierzu im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration umgesetzt wurden und vorgesehen sind.

**MINISTERIUM FÜR FINANZEN  
BADEN-WÜRTTEMBERG**

Postfach 10 14 53 70013 Stuttgart  
E-Mail: [poststelle@fm.bwl.de](mailto:poststelle@fm.bwl.de)  
Telefax: 0711 123-4796

An die  
Präsidentin des Landtags  
von Baden-Württemberg  
Frau Muhterem Aras MdL  
Haus des Landtags  
Konrad-Adenauer-Straße 3  
70173 Stuttgart

nachrichtlich

Staatsministerium

Ministerium der Justiz und für Migration

Ministerium für Umwelt,  
Klima und Energiewirtschaft

**Antrag des Abgeordneten Nico Weinmann u. a. FDP/DVP**  
**- Klimaneutrale Landesverwaltung und Maßnahmen im Geschäftsbereich des**  
**Ministeriums der Justiz und für Migration**  
**- Drucksache 17/687**

**Ihr Schreiben vom 11. August 2021**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

das Ministerium für Finanzen nimmt zu dem Antrag im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz und für Migration sowie dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen*

*zu berichten,*

1. *welchen prozentualen Anteil an den CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen der Landesverwaltung der Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration insgesamt ausmacht und wie sich dieser in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat;*

**Zu 1.:**

Nach § 7 Abs. 3 Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg legt die Landesregierung dem Landtag alle drei Jahre einen Gesamtbericht „Auf dem Weg in die klimaneutrale Landesverwaltung“ vor. Der zweite Fortschrittsbericht, der die wesentlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen der Landesverwaltung in den Jahren 2010 bis 2018 aufzeigt, erschien 2020 - <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/auf-dem-weg-in-die-klimaneutrale-landesverwaltung-zweiter-fortschrittsbericht-vorgelegt/>. Der dritte Fortschrittsbericht soll 2023 erscheinen.

In diesem Bericht werden die Treibhausgasemissionen in den Sektoren Strom- und Wärmebedarf der Liegenschaften sowie Mobilität und Dienstreisen zusammenfassend dargestellt und die Entwicklungen in den Sektoren Beschaffung und Green IT sowie Ernährung und Angebote in Kantinen und Mensen beschrieben. Die erfassten Emissionen sind im Zeitraum 2010 bis 2018 um etwa 40 Prozent gesunken. Die Daten sind allerdings nicht nach einzelnen Ressorts aufgeschlüsselt.

2. *wie sich die von den Gebäuden des Ministeriums der Justiz und für Migration und die von den Gebäuden in dessen Geschäftsbereich verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt haben;*

**Zu 2.:**

Die in den Gebäuden des Geschäftsbereiches des Ministeriums der Justiz und für Migration verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen lagen im Zeitraum 2016 - 2019 bei rund 21.000 t/a. Die Auswertungen für das Jahr 2020 sind noch nicht abgeschlossen.

3. *wie sie den aktuellen energetischen Zustand der unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäude bewertet (bitte aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Gebäuden);*

4. *inwiefern sie in den vergangenen fünf Jahren an den unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäuden Maßnahmen zur energetischen Sanierung durchgeführt hat und inwiefern sie plant, solche Maßnahmen bis 2030 durchzuführen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, nach den jeweiligen Gebäuden sowie nach Art der jeweiligen Maßnahme zur energetischen Sanierung und den jeweils hierdurch entstandenen bzw. kalkulierten Kosten);*

**Zu 3. und 4.:**

Die folgenden energetischen Sanierungsmaßnahmen wurden in den letzten fünf Jahren im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration umgesetzt:

<b>Ort</b>	<b>Liegenschaft / Gebäude</b>	<b>Maßnahme</b>	<b>Jahr</b>	<b>Kosten in EUR</b>
Heilbronn	Wohngebäude Justizvollzugsanstalt,	Ersatz Ölkessel, Anschluss an Nahwärme	2015	45.000
Heilbronn	Freigängerheim Justizvollzugsanstalt,	Austausch Gaskessel (Brennwertgerät)	2015	40.000
Singen	Ämtergebäude, Erzbergerstraße 32	Einbau Blockheizkraftwerk und energetische Sanierung	2015	770.000
Villingen-Schwenningen	Notariat / Gesundheitsamt	Kesseltausch	2015	31.000
Asperg	Justizvollzugsanstalt Hohenasperg	Energetische Sanierung Bau 5	2015	173.000
Calw	Amtsgericht	Fenstersanierung	2015	164.000
Bühl	JVA Karlsruhe, AS Bühl	Dämmung oberste Geschossdecke	2015	52.000
Ravensburg	Staatsanwaltschaft	Dämmung oberste Geschossdecke	2015	7.000
Ravensburg	Justizvollzugsanstalt	Erneuerung Flachdach und Lichtkuppeln, Gebäude D+L	2015	323.000
Fronreute	Justizvollzugsanstalt	Erneuerung Fenster	2015	160.000
Ulm	Justizvollzugsanstalt	Dämmung oberste Geschossdecke u. z.T. Fassade, Torwache und Überbauung	2015	120.000
Crailsheim	Amtsgericht	Fenstersanierung	2016	93.000
Crailsheim	Amtsgericht	Erneuerung Außentüren	2016	30.000
Karlsruhe	Landgericht	Sanierung Fassade, Dach und teilweise Fenster; Tausch von 5 Lüftungsanlagen	2016	662.000
Rottweil	Ämtergebäude, Schillerstraße 6	Einbau eines Blockheizkraftwerks	2016	450.000

<b>Ort</b>	<b>Liegenschaft / Gebäude</b>	<b>Maßnahme</b>	<b>Jahr</b>	<b>Kosten in EUR</b>
Waldshut-Tiengen	Staatsanwaltschaft	Teilsanierung Fenster	2016	80.000
Stuttgart	Justizvollzugsanstalt Stuttgart Stammheim	Neubau Heizzentrale	2016	1.953.000
Heimsheim	JVA Heimsheim	Lüftungsgerät mit WRG für Innenwache und angrenzende Räume	2016	25.000
Ravensburg	Justizvollzugsanstalt	Sanierung Flachdächer Geb. D und L	2016	500.000
Bad Saulgau	Amtsgericht	Umstellung auf Fernwärme im Rahmen Gesamtanierung	2016	40.000
Ravensburg	Justizvollzugsanstalt	Erneuerung Heizkessel, Dampfkessel und Wärmeverteilung, Einbau BHKW	2016	900.000
Stuttgart	Amtsgericht	Energiesparcontracting	2016	272.000
Schwäbisch Hall	Justizvollzugsanstalt	Einbau Hocheffizienzpumpen	2017	11.000
Crailsheim	Amtsgericht	Fenstersanierung	2017	62.000
Schwäbisch Hall	Nachlass- und Betreuungsgericht	Sanierung des Gebäudes und Errichtung eines Anbaus	2017	1.935.000
Bad Schönborn	Justizvollzugsanstalt Bruchsal Ast Kislau	Erneuerung Heizzentrale und Blockheizkraftwerk	2017	750.000
Mannheim	Amtsgericht	Umrüstung auf LED Leuchten	2017	41.000
Bad Saulgau	Amtsgericht	Energetische Sanierung Dach, Austausch Fenster, Anschluss an Fernwärme aus KWK	2017	442.000
Stuttgart	Landgericht Stuttgart	Erneuerung Beleuchtung Lichtdecke Halle EG	2017	6.000
Stuttgart	Oberlandesgericht	Sanierung Dachflächen, 1. BA	2017	60.000
Stuttgart	Neustart gGmbH	Austausch von 6 Fenstern	2017	15.000
Biberach	Amtsgericht	Dämmung Gebäudehülle	2017	280.000
Mosbach	Staatsanwaltschaft	Dachsanierung sowie Einbau von Zwischensparren- und Aufdachdämmung.	2018	12.000
Heilbronn	Amtsgericht	Energetische Fassadensanierung	2018	803.000
Konstanz	Staatsanwaltschaft	Erneuerung Kesselanlage - Brennwerttechnik	2018	46.000
Rottweil	Landgericht	energetische Ertüchtigung der Fenster	2018	200.000

<b>Ort</b>	<b>Liegenschaft / Gebäude</b>	<b>Maßnahme</b>	<b>Jahr</b>	<b>Kosten in EUR</b>
Rottweil	Justizvollzugsanstalt	Energetische Ertüchtigung Fenster, Verwaltungsgebäude	2018	36.000
Sinsheim	Amtsgericht	Gesamtsanierung - vorwiegend Brandschutz und Fenster	2018	197.000
Ravensburg	Justizvollzugsanstalt	Sanierung Warmwasserbereitung	2018	336.000
Bad Waldsee	Amtsgericht	Bauteilverbesserungen oberste Geschossdecke und Fenster	2018	250.000
Öhringen	Amtsgericht	Fenstersanierung	2019	208.000
Wertheim	Amtsgericht	Austausch Gaskessel (Brennwertgerät)	2019	35.000
Karlsruhe	Landgericht	Erneuerung der Flurbeleuchtung	2019	32.000
Spaichingen	Amtsgericht	Sicherheitsmaßnahmen Fenster	2019	78.000
Besigheim	Amtsgericht	Erneuerung Heizzentrale / Umstellung von Öl auf Gasheizung (Brennwertkessel)	2019	200.000
Mannheim	Justizvollzugsanstalt	Fenstertausch Zellenflügel II	2019	171.000
Baden-Baden	Nachlassgericht	Dämmung Dach	2019	50.000
Calw	Amtsgericht	Sanierung der Heizkreisverteiler und Erneuerung der Heizungsregelung	2019	47.000
Bruchsal	Justizvollzugsanstalt	Einbau Blockheizkraftwerk	2019	2.600.000
Überlingen	Amtsgericht	Umstellung Beleuchtung auf LED	2019	7.000
Hechingen	Land-/Amtsgericht	Beleuchtungstausch Teil 1	2019	52.000
Ulm	Arbeits-/Sozialgericht	Sanierung, Fenster, Heizung, Beleuchtung, Sitzungssäle	2019	80.000
Ulm	Justizvollzugsanstalt	Energiespar-Contracting Amt Ulm, Los 2	2019	k.A.
Emmendingen	Amtsgericht	Leuchtaustausch in den Gerichtssälen auf LED-Technik	2020	23.000
Heilbronn	Landgericht	Austausch Bürobeleuchtung	2020	5.000
Langenburg	Amtsgericht	Umrüstung auf LED-Beleuchtung	2020	30.000
Adelsheim	Justizvollzugsanstalt	Ertüchtigung Fernwärmestationen	2020	373.000
Tauberbischhofsheim	Amtsgericht	Notariatsreform und Sanierungsmaßnahmen	2020	43.000

<b>Ort</b>	<b>Liegenschaft / Gebäude</b>	<b>Maßnahme</b>	<b>Jahr</b>	<b>Kosten in EUR</b>
Bad Säckingen	Amtsgericht	Kesseltausch	2020	30.000
Rottweil	Amtsgericht	Umnutzung - UG, Einbau Fensterdichtungen, Denkmalschutz	2020	12.000
Waldshut-Tiengen	Staatsanwaltschaft	Fenstersanierung	2020	78.000
Bad-Säckingen	Amtsgericht	Sanierung Dachfläche über dem kl. Sitzungssaal	2020	31.000
Konstanz	Amtsgericht	Erneuerung der Wärmeerzeugungsanlage, Einbau Blockheizkraftwerk	2020	133.000
Mannheim	Justizvollzugsanstalt	Dachsanierung Freigängerheim	2020	800.000
Ravensburg	Landgericht	Umstellung Beleuchtung auf LED im Zuge Sanierung Büroräume	2020	4.000
Leutkirch	Amtsgericht	Austausch Fenster, Laibungsdämmung, Umstellung Beleuchtung auf LED	2020	200.000
Fronreute	Justizvollzugsanstalt Verwaltungsgebäude	energetische Sanierung Fassade, Einbau Hocheffizienzpumpen	2020	73.000
Stuttgart	Oberlandesgericht	Austausch Schrägverglasung	2020	1.040.000
Hechingen	Land-/Amtsgericht	Beleuchtungstausch Teil 2	2020	51.000
Rottenburg am Neckar	Justizvollzugsanstalt	Sanierung Lüftungsanlage, Bäckerei, Kultursaal, Schloß 8	2020	1.332.000
Hohenstein	Justizvollzugsanstalt	Innendämmung Dämmung Dach Erneuerung Heizzentrale	2020	1.300.000

Ziele und Maßnahmen zur energetischen Sanierung sind als wichtiges Handlungsfeld in dem von der Landesregierung am 18. Februar 2020 verabschiedeten Energie- und Klimaschutzkonzept für landeseigene Liegenschaften 2020 bis 2050 verankert. Der Inhalt des Konzeptes ist im Energiebericht 2020 der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung Baden-Württemberg enthalten und kann unter nachfolgenden Link auf der Homepage des Ministeriums für Finanzen heruntergeladen werden:

<https://fm.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikation/did/energiebericht-2020-1/> .



Auch in den kommenden Jahren bilden Maßnahmen zur energetischen Sanierung einen Schwerpunkt bei den Landesbauaufgaben. Bei umfassenden Sanierungen sind energetische Optimierungen fester Bestandteil der jeweiligen Baumaßnahmen. Ergänzend werden energetische Sanierungsmaßnahmen in energetischen Sonderprogrammen durchgeführt. Über die Umsetzung der Maßnahmen wird in den jeweiligen Haushaltsaufstellungsverfahren beziehungsweise anhand der finanziellen Rahmenbedingungen verbunden mit der fachlichen Priorisierung entschieden.

Dem Ressortbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration sind insgesamt ca. 635 landeseigene Gebäude zuzurechnen. Eine Darstellung des energetischen Zustands aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Gebäuden ist in der Kürze der Zeit nicht leistbar. Der energetische Zustand der Gebäude entspricht grundsätzlich den jeweiligen Baujahren beziehungsweise bei durchgeführter energetischer Sanierung dem Jahr der Sanierung. Ergänzend wird der Energieverbrauch anhand von Kennwerten ausgewertet und die energetische Qualität der einzelnen Gebäude beurteilt. Im Rahmen der Betriebsüberwachung werden Gebäudebegehungen durchgeführt, bei denen der Zustand der Gebäudesubstanz und die Betriebsführung der technischen Anlagen überprüft wird.

5. *soweit dies der Fall war: warum Sanierungen nur teilweise durchgeführt wurden, künftig also weitere Sanierungen notwendig sein werden (bitte unter Nennung der jeweiligen Gebäude und der voraussichtlichen Kosten und Mehrkosten);*

**Zu 5.:**

Bei umfassenden Generalsanierungen sind energetische Maßnahmen fester Bestandteil der jeweiligen Baumaßnahmen. In vielen Fällen sind jedoch bereits im Vorgriff auf Generalsanierungen energetische Sanierungsmaßnahmen sinnvoll und notwendig, insbesondere in Zusammenhang mit notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen. Die Nutzungsdauer der technischen Anlagen ist im Regelfall deutlich kürzer als die Nutzungsdauer von baulichen Anlagen. Sofern umfassende Generalsanierungen nicht absehbar oder nicht erforderlich sind, werden beispielsweise heizungs- oder raumluftechnische Anlagen regelmäßig als eigenständige Sanierungs- bzw. Modernisierungsmaßnahme erneuert. Dies kann auch auf einzelne bauliche Anlagen zutreffen, zum Beispiel im Fall einer Dachsanierung, die dann zusammen mit der Verbesserung der Wärmedämmung durchgeführt wird.

6. *inwiefern sie in den vergangenen fünf Jahren im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration neben Maßnahmen der energetischen Sanierung weitere Maßnahmen zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen durchgeführt hat und die Fortsetzung solch weiterer Maßnahmen bis 2030 plant (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, nach Art der jeweiligen Maßnahme und den jeweils hierdurch entstandenen bzw. kalkulierten Kosten);*

**Zu 6.:**

a) Ministerium

Anfang des Jahres 2018 wurde ein vollelektrisch betriebenes Fahrzeug (Mercedes Benz B-Klasse) für die Dauer von drei Jahren geleast. Seit Anfang des Jahres 2021 steht ein ebenfalls vollelektrisch betriebenes Fahrzeug der Marke Volkswagen ID.3 zur Verfügung. Dadurch wird eine weitere Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes erwartet.

Der Austausch der alten Neonröhren im Untergeschoss des Hauptgebäudes am Schillerplatz wurde im Jahr 2017 als Maßnahme der Energiereduzierung umgesetzt. Die Neonröhren wurden durch eine neue LED-Beleuchtung ersetzt. Die Schaltung der Beleuchtung wurde über Bewegungsmelder geregelt. Die jährliche Stromersparnis liegt bei ca. 6.000 kWh.

Im Jahr 2020 wurde das Hauptgebäude am Schillerplatz 4 einer umfassenden Sanierung unterzogen. Zum einen wurden sämtliche Fenster getauscht. Durch den deutlich höheren Wärmedämmwert der Fenster wird mit einer erheblichen Reduzierung des Wärmeverbrauchs und damit des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes gerechnet. Weiter wurde in diesem Gebäudeteil sowohl die Flurbeleuchtung als auch die Büro-Beleuchtung getauscht. Daneben wurden bei sämtlichen Fluren und Nutzflächen Bewegungsmelder installiert, die eine erhebliche Energieeinsparung erwarten lassen. Es ist beabsichtigt, die Beleuchtung in den Fluren des Gebäudeteils Alte Kanzlei am Schillerplatz auf LED-Leuchten umzurüsten.

b) Gerichte und Staatsanwaltschaften

Im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften sind an Maßnahmen zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen insbesondere Beschaffungen der Dienstwagen zu nennen. Darüber hinaus werden bei Ausschreibungen und Auftragsvergaben, beispielsweise für Postdienstleistungen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen berücksichtigt. So wurden zuletzt in den Geschäftsbereichen der Oberlandesgerichte Karlsruhe und Stuttgart insgesamt 16 Hybridfahrzeuge beschafft.

Postdienstleistungen (Briefbeförderungen und förmliche Zustellungen) erfolgen im Bezirk des Oberlandesgerichts Stuttgart klimaneutral. Sowohl in der Ausschreibung der weißen Briefpost als auch in der Ausschreibung der förmlichen Postzustellungsaufträge hatte das Oberlandesgericht Stuttgart den CO<sub>2</sub>-neutralen Versand zur zwingend einzuhaltenden Anforderung gemacht. Eine entsprechende Zertifizierung wird jährlich bestätigt. Auch bei künftigen Ausschreibungsvorgängen wird das Oberlandesgericht Stuttgart den CO<sub>2</sub>-neutralen Versand zum Ausschlusskriterium bestimmen und mittels Zertifizierungen überwachen.

Im Bezirk des Oberlandesgerichts Karlsruhe flossen im letzten Vergabeverfahren für Postdienstleistungen Klimaschutzaspekte in die Wertung der Angebote ein. Hierbei konnten die Anbieter Umweltschutzkonzepte mit dem Angebot einreichen. Die Anforderungen waren dabei die Darstellung einer etwaigen Selbstverpflichtung und der hierfür zu ergreifenden konkreten Maßnahmen zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Zuge der Leistungserbringung, idealerweise durch eine Verpflichtung zu einer vollständig CO<sub>2</sub>-neutralen Leistung auf der Grundlage eines allgemein anerkannten Nachweises zur CO<sub>2</sub>-Bilanz (vgl. Carbon-Footprint nach ISO 14067 oder gleichwertiger Standards) oder des Zertifikats einer hierfür akkreditierten Stelle, die Darstellung der Strukturen, Ziele und Prozesse eines spätestens ab drei Monaten nach Leistungsbeginn implementierten und im Zuge der Leistungserbringung angewendeten Umweltmanagementsystems, das allgemein anerkannten Anforderungen entspricht (vgl. EMAS, ISO 14001 oder gleichwertige Standards) sowie die Darstellung weiterer Maßnahmen zur Förderung des Umweltschutzes im Unternehmen (z. B. Bezug aus regenerativen Energiequellen, Einsatz recycelter Arbeitsmittel, etc.).

#### c) Justizvollzug

Unter Federführung der jeweils zuständigen Ämter des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg wurden in den letzten Jahren in einer Reihe von Justizvollzugsanstalten Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs und der CO<sub>2</sub>-Emissionen beim Betrieb der Gebäude getroffen. Dabei handelt es sich insbesondere um folgende Maßnahmen:

- Ersatz konventioneller Beleuchtungskörper durch LED-Leuchtmittel
- Einbau von Bewegungsmeldern und Zeitschaltuhren zum bedarfsgerechten Einsatz der Beleuchtungsanlagen
- Einbau umwelt- und ressourcenschonender Heiz-, Lüftungs- und Regeltechnik
- Erstellung und schrittweise Umsetzung eines Energiekonzepts für die Justizvollzugsanstalt Mannheim

Flankierend dazu hat das Ministerium der Justiz und für Migration in den letzten Jahren die Justizvollzugsanstalten per Erlass und im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen zu ressourcenschonendem Handeln bei der Nutzung der Liegenschaften der Justizvollzugsanstalten angehalten. Zuletzt wurden im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung für die Leiterinnen und Leiter des Versorgungsmanagements der Justizvollzugsanstalten im Herbst 2017 anhand eines Projekts der Justizvollzugsanstalt Ravensburg Wege und Maßnahmen zu einem sparsameren Umgang mit Wärme, Strom und Wasser aufgezeigt und erörtert.

Außerdem erfolgt eine schrittweise Erneuerung des Fuhrparks. Insbesondere im Bereich der Sondereinsatzfahrzeuge des Justizvollzuges – namentlich die Fahrzeuge für den gesicherten Transport von Gefangenen – erfolgen Ersatzbeschaffungen durchweg mit den aktuell verfügbaren energieeffizientesten und schadstoffärmsten Fahrzeugen. Die ersetzten Fahrzeuge weisen dabei eine Nutzungsdauer von durchschnittlich rund zehn Jahren auf, wodurch mit den Neubeschaffungen eine Verbesserung bei den Schadstoffemissionen (einschließlich CO<sub>2</sub>) erreicht wird. Hierbei ist zu beachten, dass die Tauglichkeit für den speziellen Einsatzzweck prioritär ist. Die Beschaffungsmaßnahmen werden durch regelmäßige Markterkundungen begleitet. Bislang muss als Ergebnis allerdings festgehalten werden, dass für die Zwecke des Justizvollzuges aktuell leider keine tauglichen Lösungen für ganz oder teilweise elektrisch betriebene Fahrzeuge verfügbar sind. Auf Grund des sich hier dynamisch verändernden Marktes wird die zukünftige Entwicklung im Rahmen regelmäßiger Markterkundungen weiter beobachtet. Das Beschaffungsvolumen wird sich voraussichtlich an den Vorjahren orientieren. Die Sondereinsatzfahrzeuge des Justizvollzuges werden weiterhin auch unter Markterkundung hinsichtlich klimafreundlicher Antriebe beschafft.

Für die laufende Erneuerung der zivilen PKW beteiligt sich der Justizvollzug an den Sammelausschreibungen für Fahrzeuge mit klimafreundlichen Antrieben. Für die im Jahr 2022 auslaufenden Leasingverträge wird eine erste Tranche mit acht von insgesamt 30 Fahrzeugen im Herbst 2021 ausgeschrieben. Die übrigen PKW's werden jeweils zum Ende der Vertragslaufzeiten ebenfalls zu den Sammelausschreibungen für Fahrzeuge mit klimafreundlichen Antrieben gemeldet werden. Bereits im laufenden Jahr wird bei der Justizvollzugsanstalt Adelsheim ein elektrisch betriebener PKW im Wege des Leasings beschafft.

Bei sämtlichen Beschaffungsmaßnahmen werden die Vorgaben der Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VwV Beschaffung) zum Umwelt- und Klimaschutz, zur Energieeffizienz und zur Luftreinhaltung beachtet. Angesichts des Umfangs der in den letzten fünf Jahren in den einzelnen Justizvollzugsanstalten getätigten Beschaffungen ist eine Konkretisierung der Maßnahmen innerhalb der für die Beantwortung der Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

In dem für die Beschäftigung und berufliche Qualifizierung der Gefangenen zuständigen Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen wurden folgende Maßnahmen zur Einsparung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und Ressourcen umgesetzt:

- Auf Basis des am 1. Januar 2019 in Kraft getretenen Verpackungsgesetzes (VerpackG) hat der Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen mit einem Service-dienstleister einen Vertrag über die Beteiligung am Dualen System abgeschlossen. Dabei handelt es sich um ein behördlich festgestelltes, flächendeckendes Entpflichtungssystem im Sinne des § 3 Abs. 16 VerpackG. Durch das Recyceln verschiedener Materialien durch einen Servicepartner wurden im Jahr 2020 87.256 kg Ressourcen und 10.749 kg Treibhausgase eingespart. Dafür sind im Jahr 2020 Kosten in Höhe von 4.841,31 EUR angefallen. Die Maßnahme wird fortgeführt.
- In der Druckerei Heilbronn wurde ab 2018 das klimaneutrale Drucken schrittweise eingeführt. Seit 2021 werden alle Aufträge klimaneutral gedruckt. Die Maßnahme wird fortgeführt. Außerdem ist geplant, dass auch die Druckereien der Justizvollzugsanstalten Bruchsal und Heimsheim zukünftig klimaneutral drucken werden. Dafür entstehen einmalige Einrichtungskosten in Höhe von 750 EUR sowie eine jährliche Servicegebühr von 250 EUR.
- Landesweit wird der Paketversand mit DHL CO<sub>2</sub>-neutral durchgeführt. Diese Maßnahme ist für das VAW kostenneutral.
- In einigen Niederlassungen des Landesbetriebs Vollzugliches Arbeitswesen wird ausschließlich zertifiziertes Recycling-Papier eingesetzt, wodurch pro Niederlassung jährlich etwa 350 kg CO<sub>2</sub> (pro 500 Blatt 1,6 kg CO<sub>2</sub>) eingespart werden. Die Mehrkosten betragen ca. 35 EUR pro Jahr.
- In einigen Justizvollzugsanstalten werden E-Fahrzeuge eingesetzt; beispielsweise für den internen Warenverkehr oder Hybrid-Fahrzeuge für die Auslieferung von Waren. So wurde beispielsweise in der Justizvollzugsanstalt Rottenburg 2020 ein Transporter mit Mild-Hybrid-Technik geleast. Bei einer Vertragsdauer von 36 Monaten und ca. 10.000 km p. a. werden somit gegenüber einem Transporter ohne

MH-Technik insgesamt ca. 4,5 kg CO<sub>2</sub> eingespart (15 g/100 km). Die Mehrkosten betragen 168 EUR pro Jahr.

- Der Versand von Rechnungen erfolgt zunehmend per E-Mail, sodass hier Papier und Druckeremissionen eingespart werden.
- Durch das Upcycling, also die Verarbeitung von gebrauchten Materialien, zum Beispiel bei der Herstellung der im Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen gefertigten Taschen der Marke „Jailers“, werden Rohstoff-Ressourcen gespart.

**7.** *inwieweit und ggf. in welcher Form sie angesichts der angespannten Haushaltssituation bei den unter den Ziffern 4 und 6 aufgeführten Maßnahmen zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration eine Priorisierung der Maßnahmen vorsieht;*

**Zu 7.:**

Die Priorisierung von Baumaßnahmen erfolgt entsprechend baufachlichen und energetischen Dringlichkeiten sowie den Anforderungen der nutzenden Verwaltung. Die Sanierungs- und Modernisierungsbedarfe werden auf Grundlage der Priorisierung im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel, die der Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung stellt, sukzessive umgesetzt. Ergänzend wird auf das Energie- und Klimaschutzkonzept für landeseigene Liegenschaften 2020 bis 2050 verwiesen.

**8.** *inwiefern in den vergangenen fünf Jahren an oder auf den unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäuden welche Photovoltaikanlagen installiert wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Gebäude und Baujahr sowie der jährlichen Gesamtleistung der jeweiligen Photovoltaikanlage);*

**Zu 8.:**

Die folgenden Liegenschaften verfügen über Photovoltaik-Anlagen:

<b>Gebäude</b>	<b>Baujahr</b>	<b>Leistung [kWp]</b>
Amtsgericht Heidenheim	2019	29
JVA Ravensburg, Hinzistobel 34	2019	57

- 9.** *an oder auf welchen der unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäude ihrer Kenntnis nach Photovoltaikanlagen ökonomisch und ökologisch sinnvoll realisiert werden können (mit Angabe der bis 2030 geplanten Installationen);*

**Zu 9.:**

Der Gesamtumfang der grundsätzlich geeigneten Flächen von Landesliegenschaften wurde in enger Zusammenarbeit zwischen dem Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg und der LUBW Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg ermittelt. Hierbei wurde der Potentialatlas Regenerative Energien der LUBW genutzt. Darauf aufbauend erfolgen laufend weitere Untersuchungen der grundsätzlich geeigneten Flächen. Dazu müssen die jeweiligen Flächen unter anderem auf statische Eignung sowie einen eventuellen Sanierungsbedarf untersucht werden. Die nach Prüfung geeigneten Dächer werden regelmäßig in Bauprogramme überführt und mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet. Hinzu kommen Photovoltaik-Anlagen, die in Zusammenhang mit Neubauten errichtet werden.

Das oben beschriebene Verfahren wird auch für den Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration angewandt. Aktuell stehen im Ressortbereich die folgenden Maßnahmen zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen an:

- Amtsgericht Böblingen
- Amtsgericht Weinheim
- Arbeits- und Sozialgericht Heilbronn
- Staatsanwaltschaft Mannheim
- Landgericht Mannheim
- JVA Adelsheim
- JVA Torwache Konstanz
- JVA Mannheim Neubau Haftgebäude

- 10.** *welchen prozentualen Anteil an den CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen des Geschäftsbereichs des Ministeriums der Justiz und für Migration der Fuhrpark und die Dienstreisen des Ministeriums selbst ausmachen (mit Angabe der Entwicklung in den vergangenen fünf Jahren);*

**Zu 10.:**

In der nachfolgenden Tabelle sind die absoluten Zahlen der auf Fuhrpark und Dienstreisen des Ministeriums selbst entfallenden CO<sub>2</sub>-Emissionen dargestellt.

	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>
CO <sub>2</sub> -Emission	110,06 t	149,71 t	101,10 t	92,07 t	23,13 t
<i>davon Fuhrpark</i>	<i>16,41 t</i>	<i>17,09 t</i>	<i>18,29 t</i>	<i>6,67 t</i>	<i>5,57 t</i>
<i>davon Flugreisen</i>	<i>93,65 t</i>	<i>132,62 t</i>	<i>82,81 t</i>	<i>85,40 t</i>	<i>17,56 t</i>

Den auf den Fuhrpark entfallenden Emissionen wurde die jährliche Fahrleistung der im Einsatz befindlichen Dienst-Kfz und deren CO<sub>2</sub>-Emissionen nach WLTP-Standard zugrunde gelegt. Der NEFZ-Standard wird erst seit 2019 genutzt und kann für die Vergleichbarkeit der vergangenen fünf Jahre daher nicht herangezogen werden. Den auf die Dienstreisen entfallenden Emissionen wurden ausschließlich die bei Flugreisen angefallenen Emissionen (ermittelt mit dem Emissionsrechner atmosfair) berücksichtigt. Im Jahr 2017 wurde von mehreren Bediensteten eine Flugreise nach Shanghai und zurück durchgeführt; allein hierauf entfällt eine CO<sub>2</sub>-Emission von rund 41,8 t. Es sind keine CO<sub>2</sub>-Emissionen der mit Dienst-Kfz der Fahrbereitschaft des Regierungspräsidiums Stuttgart, mit Taxi oder Privat-Kfz oder mit der Deutschen Bahn (die nach eigener Auskunft auf Fernreisen mit 100 Prozent Ökostrom fährt) zurückgelegten Fahrstrecken enthalten. Entsprechende Daten liegen dem Ministerium der Justiz und für Migration nicht vor und konnten innerhalb der für die Beantwortung der Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht erhoben werden.

**11.** *inwiefern im Ministerium der Justiz und für Migration sowie in dessen Geschäftsbereich bisher ein Energiemanagement etabliert wurde und welche Erkenntnisse die Landesregierung ggf. hieraus bisher hat;*

**Zu 11.:**

Das Energiemanagement im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration erfolgt entsprechend den für Landesliegenschaften eingeführten Vorgaben. Relevant in diesem Zusammenhang sind insbesondere die "Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums über die Bereitstellung und Bewirtschaftung von Dienstgebäuden, Diensträumen und Dienstgrundstücken" (VwV Liegenschaften) und die "Verwaltungsvorschrift des Finanz- und Wirtschaftsministeriums zum Betrieb energieverbrauchender Anlagen in von Landesbehörden und Landeseinrichtungen genutzten Gebäuden" (VwV Betriebsanweisung Energie).



Die Reduzierung von Energieverbrauch und -kosten sowie die Senkung von Umweltbelastungen beim Betrieb der Landesliegenschaften unter Einhaltung der Nutzungsbedingungen sind zentrale Ziele des Energiemanagements. Einen Großteil der hierzu notwendigen Aufgaben erledigen die nutzenden Verwaltungen im Rahmen ihrer Pflichten als Betreiber der Gebäude. Dazu gehört, Mehrverbräuche durch ein systematisches Controlling rechtzeitig zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten. Der Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg unterstützt diesen Prozess fachkundig, indem im Rahmen der Betriebsüberwachung Gebäudebegehungen durchgeführt, technische Anlagen und die Betriebsführung überprüft sowie mögliche Betriebsoptimierungen identifiziert werden. Um optimale Ergebnisse zu erreichen, ist der Betrieb der technischen Anlagen möglichst genau an die Nutzung anzupassen. Um den hierzu notwendigen technischen Sachverstand den nutzenden Dienststellen zu vermitteln, führt Vermögen und Bau Baden-Württemberg Schulungen für Betreuer haustechnischer Anlagen durch.

Darüber hinaus wurden bei den Ministerien als auch teilweise im nachgeordneten Bereich zertifizierte Energiemanagementsysteme eingeführt. Auf Grundlage der daraus gewonnenen Ergebnisse wird das Energiemanagement in Landesliegenschaften in enger Abstimmung mit den nutzenden Verwaltungen systematisch verbessert.

*12. inwiefern sie die bisher ergriffenen Maßnahmen zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration als ausreichend erachtet, um dem von ihr selbst gesetzten Ziel der klimaneutralen Landesverwaltung bis 2030 gerecht zu werden.*

**Zu 12.:**

Mit dem am 18. Februar 2020 von der Landesregierung beschlossenen Energie- und Klimaschutzkonzept für landeseigene Liegenschaften 2020 bis 2050 liegen CO<sub>2</sub>-Einsparziele und konkrete Maßnahmen zur Zielerreichung vor. Der Landesbetrieb Vermögen und Bau überprüft laufend, in welchen Bereichen Ziele und Maßnahmen des Konzepts weiterentwickelt und fortgeschrieben werden können.

Insbesondere im Zuge der zurzeit laufenden Novellierung des Klimaschutzgesetzes wird eine Fortschreibung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes für landeseigene Liegenschaften geprüft. Dies gilt auch für Maßnahmen im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gisela Splett  
Staatssekretärin